



## „Kein Wettkampf der Nationen“

Der Chefökonom der UNO-Handelskonferenz Heiner Flassbeck über den gescheiterten UNO-Gipfel zur Krise der Weltwirtschaft und die Dialogverweigerung der Industriestaaten gegenüber den Entwicklungsländern

Interview: Christian Felber und Karin Küblböck

*Die Delegierten der UN-Konferenz waren von erstaunlich niedrigem Rang. Österreich schickte nur einen Staatssekretär, Deutschland die Entwicklungsministerin, während Angela Merkel zum G20-Gipfel fuhr ...*

Es gab von Anfang an eine wenig konstruktive Haltung von Seiten der Industrieländer, weil sie die großen wirtschaftlichen und monetären Fragen nicht von den Vereinten Nationen behandelt sehen wollen. Sie wollen diese Fragen weiterhin im Weltwährungsfonds und in der Weltbank verhandeln, weil sie hier von vorneherein eine klare Mehrheit haben. Aber das ist keine global zukunftsfähige Position. Relevante Änderungen des Gesamtsystems müssen in der „G192“ vorgenommen werden.

*Wie bewerten Sie die Ergebnisse der UN-Konferenz?*

Nun, immerhin hat die Konferenz die wichtigen Fragen zur Kenntnis genommen und das zum Teil klarer und besser als die G-20 Konferenz in London im April.

*Der G20 Prozess wurde rasch als „Bretton Woods II“ bezeichnet. Jetzt gibt es eine UN-Konferenz mit dem gleichen Ziel. Muss die G20 den Titel abgeben?*

Die G20 kann man gar nicht als Bretton Woods II bezeichnen. Das sind ja nur 20 Staaten. An Bretton Woods I 1944 nahmen schon mehr als 40 Staaten teil. Außerdem greifen die G20 die Frage eines globalen Währungs- und Wechselkurssystems nicht einmal auf.

*Die G20-Deklaration stellt klar, dass der freie Kapitalverkehr nicht zur Diskussion steht, dagegen spricht der Bericht der UN-Expertenkommission rund um Ökonomie-Nobelpreisträger Joseph Stiglitz von Transaktionssteuern und Kapitalverkehrskontrollen. Wie ist Ihre Position?*

Eine Lenkung und Beschränkung des Kapitalverkehrs ist auch UNCTAD-Position. Doch die Stiglitz-Position ist nur der erste Schritt. Wenn ein Auto Richtung Klippe fährt, reicht das Langsamfahren nicht. Bestimmte Straßen dürfen überhaupt nicht mehr befahren werden!

*Welche wären das?*

Spekulation mit Währungen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln, aber auch Private-Equity-Fonds. Die müssen geschlossen werden.

*Wie wollen Sie das Spiel mit Rohstoff-Derivaten beenden?*

Indem in jeden Vertrag hineingeschrieben werden muss, dass die Ware am Ende der Laufzeit auch abgenommen werden muss. Dann ist das Spiel vorbei. So große Lagerhallen haben die Finanzspekulanten nicht.

*Und im Währungsbereich?*

Indem wir ein vollständig geregeltes Währungssystem einführen und damit wie in Bretton Woods und in Europa die Wechselkursbildung nicht mehr dem Markt überlassen. Der Kern meines Vorschlags ist die Beendigung der Standortkonkurrenz durch „constant real exchange rates“: Sobald sich die Inflation in zwei Volkswirtschaften unterschiedlich entwickelt, kommt es zur Anpassung der Wechselkurse. Damit hätte kein Land absolute Vorteile, die Standortkonkurrenz, der „Wettkampf der Nationen“ wäre zu Ende.

*Wäre der Kapitalverkehr in Ihrem Modell frei?*

Ganz frei geht nie. Man kann nicht täglich die Wechselkurse anpassen. Und zwischen den Anpassungen gibt es Spekulation...

*Also braucht es zusätzlich die Tobinsteuer?*

Die reicht nicht bei intensiver Spekulation ...

*Dafür gibt es mittlerweile die zweistufige Tobinsteuer nach Paul Bernhard Spahn, die bei akuter Spekulation auf bis zu 100 Prozent ansteigt...*

Ja, die wäre genau das richtige für feste, aber regelmäßig angepasste Wechselkurse.

*Die Stiglitz-Kommission schlägt eine Weltfinanzbehörde vor, die einem koordinierenden Weltwirtschaftsrat in der UNO unterstellt werden soll. Ist das die richtige Richtung?*

Ja, das ist sie. Aber diese Behörde müsste sich stärker gegen die Ökonomen des IWF auftreten, sonst wäre sie kein Erfolg. Das Totschlagargument der Industrieländer in der UNO lautet immer: Die UNO hat keine Expertise. Deshalb wäre es wichtig, eine unabhängige Expertenkommission zu bilden, welche die UNO permanent berät.

*Wäre das nicht ähnlich undemokratisch wie die für ihre Unabhängigkeit kritisierte EZB?*

Ich finde eine Konstruktion wie die des UN-Klimabeirates IPCC sehr vernünftig. Dieser ist sehr groß und kann trotzdem Entscheidungen treffen. Das ist keine technokratische Elite wie die Notenbanker der EZB. Außerdem kommen die UN-Experten aus den unterschiedlichsten Disziplinen, was zu ganzheitlicheren Ergebnissen führt.

*Wie erklären Sie sich, dass die politische Elite der EU weder den Vorschlag von Keynes/Stiglitz noch den Ihren unterstützt?*

Sie fürchten, dass sie dann an Gewicht und Einfluss verlieren würden, weil sie glauben, dass der gegenwärtige Zustand mit der Dollarhegemonie die bessere Machtbalance darstellt. Sie sehen dabei nicht die negativen Nebenwirkungen wie gerade in Osteuropa, das wird gar nicht zur Kenntnis genommen, weil sie diese Krisen und die Instabilität für ein Naturgesetz halten. Das ist Dummheit und Ignoranz.

*Sollen die Banken gerettet werden?*

Ich finde es nicht vernünftig, das Problem von der Bankenseite anzugehen. Besser wäre es, Osteuropa von der Währungsseite her zu betrachten: Die Wechselkurse müssen stabilisiert werden. Das derzeitige Auf und Ab in Rumänien, Ungarn und anderen Ländern ist absurd, ja Wahnsinn. Ziel muss internationale Kooperation sein. Wir brauchen eine Osteuropakonferenz und so etwas wie ein Europäisches Währungssystem II: keine frei schwankenden, sondern feste und anpassungsfähige Wechselkurse, die sich schrittweise dem Euro annähern. Dem Euro selbst aber fehlt etwas Entscheidendes: eine koordinierte Wirtschafts-, Fiskal- und Lohnpolitik. Es bräuchte Lohnanpassungspfade. Das geht nur über mehr internationale Kooperation.

*Experten rechnen damit, dass das erste staatliche Rettungspaket für die österreichischen Banken nicht ausreichen wird. Soll ein zweites geschnürt werden?*

Ich bin sicher, dass die Banken noch mehr leiden werden. Der Staat soll aber nicht immer einspringen. Die einzig vernünftige Lösung ist, die Banken zu verstaatlichen: Die systemrelevanten Teile müssen herausgenommen werden, der Rest muss verschwinden. Der Staat sollte für jeden Euro, den er gibt, einen entsprechenden Aktienanteil erhalten. Dann würden sich jetzt schon mehr als 50 Prozent der Banken in Deutschland im Staatseigentum befinden. Und die Deutsche Bank würde dem US-Staat gehören, weil sie 13 Milliarden US-Dollar aus dem Rettungspaket für AIG erhielt. Und Herr Ackermann redet noch immer von 25 Prozent Rendite für die Aktionäre!

*Sollen die verbleibenden Banken in der EU, der OECD („Basel III“), der G20 oder der UNO reguliert werden?*

Hier gebe ich Stiglitz mit seiner Weltfinanzbehörde völlig recht. Neue Regeln müssen in einem repräsentativen Gremium gemacht werden und nicht in solchen Clübschens wie Basel einer ist. Das werden sich die Entwicklungsländer nicht mehr gefallen lassen.

*Österreich hütet als eines der drei letzten Länder in der EU ein strenges Bankgeheimnis. Soll es gelüftet werden?*

Dass Österreich diese Sonderstellung nicht aufrechterhalten können wird, ist völlig richtig. Allerdings hat diese Frage systemisch mit der Finanzkrise wenig zu tun. Dass wir jetzt so prominent über Steueroasen und das Bankgeheimnis diskutieren zeigt, dass Politiker versuchen, die einfachsten Probleme zu lösen, um die großen – wie die Frage nach dem Währungssystem - nicht anpacken zu müssen. Was auch viel wichtiger ist: der massive Steuerwettbewerb, bei dem alle Politiker, die auf die Steueroasen schimpfen, mitmachen. Die Körperschaftssteuer geht in der EU gegen null. Der negative Effekt des Steuerwettbewerbs auf die Budgets ist viel schlimmer als der des Bankgeheimnisses. Mein Credo lautet: Kein Wettkampf der Nationen!

*Erschienen in „Die Furche“ Nr. 27/2. Juli 2009*